

**Yannick Vanderborght/Philippe Van Parijs, Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags, Frankfurt: Campus, 2005, 167 S., ISBN 3-593.37889-2, 14,90 €.**

Der Gedanke eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Mitglieder einer Gesellschaft hat in den letzten Jahren wieder eine etwas größere Bedeutung im politischen Raum gewonnen. Nachdem die Idee hierzulande in den 80er Jahren im Zusammenhang mit Vorstellungen von einer Krise der Arbeitsgesellschaft schon einmal diskutiert worden war,<sup>1</sup> war sie im folgenden Jahrzehnt im Zeichen eines eher umverteilungskritischen Zeitgeistes in den Hintergrund getreten. Angesichts des zunehmenden Drucks, unter den die ausgebauten Sozialstaaten kontinentaleuropäischer Prägung durch die wirtschaftliche Globalisierung geraten sind, haben Diskussionsanstöße verschiedener Autoren und Aktivisten zum Grundeinkommen in der Debatte um den Wohlfahrtsstaat jüngst wieder vermehrt Gehör gefunden.<sup>2</sup> Grund

dafür ist sicher auch das zunehmende Unbehagen mit einer gemeinhin durch den Begriff „neoliberal“ bezeichneten Reformrichtung. Sympathien für verschiedene Varianten der Grundeinkommensidee finden sich dabei nicht mehr nur in den post-materialistisch orientierten Milieus, sondern zunehmend auch in wirtschaftsliberal orientierten Kreisen und in den bisher der Idee eher skeptisch gegenüberstehenden Gewerkschaften und arbeitnehmerorientierten Parteien. Ende des Jahres 2005 machte sich sogar Bundespräsident *Horst Köhler* die Forderung zu eigen und schlug vor, „über eine Art Grundeinkommen“ nachzudenken.<sup>3</sup>

Aus menschenrechtlicher Perspektive ist dieses Thema in vielerlei Hinsicht interessant. Zunächst einmal gibt es einen offensichtlichen Zusammenhang mit verschiedenen Einzelrechten, etwa den Rechten auf angemessenen Lebensstandard,<sup>4</sup> auf soziale Sicherheit,<sup>5</sup> auf Arbeit und angemessenen Lohn<sup>6</sup>. Das Grundeinkommen könnte dann je nach gesellschaftlichem, politischem und ökonomischem Kontext etwa als eine mögliche sozial- oder wirtschaftspolitische Maßnahme zur progressiven Realisierung dieser Rechte gesehen werden. Aus einer

<sup>1</sup> Siehe zu dieser Diskussion etwa *Claus Offe*, *Arbeitsgesellschaft. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven*, Frankfurt, 1984; *André Gorz*, *Wege ins Paradies. Thesen zur Krise Automation und Zukunft der Arbeit*, Hamburg, 1983; *Jeremy Rifkin*, *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*, Frankfurt, 1995 (Neuausgabe 2004).

<sup>2</sup> Größeres mediales Echo fand jüngst etwa das Buch von *Wolfgang Engler*, *Bürger ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft*, Berlin, 2005; die Thesen des Chefs der DM-Drogeriemarktkette *Götz Werner*, der ein Grundeinkommen befürwortet, werden in der Öffentlichkeit ebenfalls des öfteren diskutiert, siehe etwa *Frankfurter Rundschau* vom 23. September 2005, S. 24; bezeichnend auch der Titel eines Themenheftes des *Wirtschaftsmagazins brand* eins: „Nie wieder Vollbeschäftigung“, Heft 7 / 2005; auch die Thesen des deutsch-amerikanischen Autors und Aktivisten *Fritjof Bergmann* wurden zu verschiedenen Anlässen erörtert, vgl. *Fritjof Bergmann*, *Neue Arbeit*,

*Neue Kultur*. Freiburg 2004; und in den Stiftungen der Parteien finden in den letzten Jahren wieder verstärkt Veranstaltungen zu dem Themenbereich statt.

<sup>3</sup> Vgl. sein Interview in der *Illustrierten stern* vom 29. Dezember 2005.

<sup>4</sup> Art. 25 AEMR, Art. 11 IPwskR.

<sup>5</sup> Art. 22 AEMR, Art. 9 IPwskR.

<sup>6</sup> Art. 23 AEMR, Art. 6 IPwskR.

bestimmten philosophischen Perspektive auf Menschenrechte könnte man auch grundsätzlicher ansetzen. Wenn die Menschenrechte Ausdruck eines Ethos der Freiheit sind, dann wären dem Grundeinkommen ähnliche Umverteilungsinstrumente als möglicherweise plausible institutionelle Schritte hin zu einer Realisierung von realer Freiheit für alle Menschen interpretierbar. Die gesellschaftlich und politisch höchst voraussetzungsreiche Forderung nach einem Grundeinkommen kann natürlich nicht in kurzschlüssiger rhetorischer Überspitzung als direkte menschenrechtliche Forderung gesehen werden, doch ein diskussionswürdiger Zusammenhang läßt sich leicht erkennen.

*Yannick Vanderborght* und *Philippe Van Parijs* haben nun eine exzellente Einführung in die Debatte um das Grundeinkommen vorgelegt. Geschichte, Varianten und verschiedene sozioökonomische wie philosophische Aspekte der Forderung nach einem Grundeinkommen werden in diesem knapp gehaltenen Einführungsband im souveränen Überblick vorgestellt. Obwohl insbesondere *Philippe Van Parijs*, der in Harvard und Louvain politische Philosophie und Ethik lehrt, seit Jahren als Vorkämpfer für das Grundeinkommen bekannt ist,<sup>7</sup> hat das Buch keinen missionarischen oder manifesthaften Charakter. Es präsentiert nüchtern und faktenreich die verschiedenen Modelle mitsamt des jeweiligen Für und Wider.

Nach einem Schnelldurchlauf durch die Geschichte entsprechender Forderungen, in dessen Verlauf unter anderen die Namen von *Thomas Morus*, *Thomas Paine*, *Charles Fourier*, *John Stuart Mill*, *Bertrand Russell*, *Milton Friedman* und *André Gorz* fallen, werden der Reihe nach die zentralen Elemente des Modells diskutiert. Das allgemeine Grundeinkommen ist „ein Ein-

kommen, das von einem politischen Gemeinwesen an alle seine Mitglieder individuell, ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Gegenleistung ausgezahlt wird“. Entlang dieser fünf Parameter fächern die Autoren die verschiedenen Modelle und Argumente auf. In welcher Form könnte ein Grundeinkommen ausgezahlt werden, als Geld- oder Sachleistung, als regelmäßige oder einmalige Zahlung, an Haushalte oder an Individuen? Was sind die jeweiligen Unterschiede zu bestehenden Sozialsystemen, wie der Sozialhilfe, dem Arbeitslosengeld oder dem Rentensystem? Der am meisten kontroverse und provokative Punkt des Grundeinkommens liegt sicher in dem Gedanken der Bedingungslosigkeit. Warum sollte jemand ohne Handicap von der Arbeit anderer leben? Warum sollten auch Wohlhabende eine solche Leistung erhalten? Befürworter des Grundeinkommens versuchen solche intuitiv zunächst unplausibel erscheinenden Aspekte des Grundeinkommens durch eine Erweiterung der Perspektive verständlich zu machen. Im Kontext hoch rationalisierter Produktionsprozesse, mangelnder Nachfrage nach Arbeitskräften außerhalb des Niedriglohnsektors und großer Probleme vieler Gesellschaften mit der Gewährleistung von Vollbeschäftigung wird ein Ansatz, der die Existenzsicherung von der Erwerbsarbeit abkoppelt und der eine gesellschaftliche Neubesinnung über Tätigkeits- und Arbeitsbegriffe fordert, möglicherweise plausibler. Meist wird auch auf die faktisch höchst ungleiche Verteilung von Chancen, Eigentum und Einkommen in den meisten Gesellschaften hingewiesen, deren Folgen für die Benachteiligten durch ein Grundeinkommen zumindest abgemildert werden könnten. Ein Grundeinkommen könnte dann etwa als eine Art neuer Gesellschaftsvertrag gesehen werden, bei dem sich die Bürger gegenseitig die Sicherung des Existenzminimums in kollektiver Absicherung gegen Armut und aus materieller Not entstehende Fremdbestimmung zugehen.

<sup>7</sup> Vgl. dazu seine Veröffentlichungen unter teilweise programmatischen Titeln. *Philippe Van Parijs*, *Why surfers should be fed*, *The liberal case for an unconditional basic income*, in: *Philosophy and Public Affairs*, Jg. 20, 1991, S. 101-131; *ders.*, *Real Freedom for all. What (if anything) Can Justify Capitalism?* Oxford, 1995.

Das Buch geht dann auch konkreter auf die Finanzierungsfrage ein und diskutiert verschiedene steuerpolitische Instrumente. Bezüglich des geschätzten finanziellen Gesamtvolumens schneidet das Grundeinkommen im Vergleich mit bestehenden Sozialstaatsregimes, überraschenderweise nicht unbedingt „schlecht“ - d.h. also nicht unbedingt „teurer“ - ab. Vor dem Hintergrund der Globalisierung ist es eine der größten Herausforderungen für die Befürworter des *Universal Basic Income*, den Rahmen des politischen Gemeinwesens zu bestimmen, innerhalb dessen ein Grundeinkommen gewährt werden könnte. Denkbar sind neben dem Nationalstaat auch kommunale oder supranationale Varianten, letzteres etwa auf europäischer Ebene. Im Kontext eines Standort- und Steuerwettbewerbs sowie der Schaffung von Migrationsanreizen durch stark variierende Sozialstandards wäre eine möglichst großflächige Einführung, evt. mit regional variablen Differenzierungsmöglichkeiten zu bedenken. Offensichtlich stellt sich die Frage im globalen Vergleich für hochproduktive Volkswirtschaften mit Massenarbeitslosigkeit anders als für Schwellenökonomien oder Länder, die unter mangelnder Ernährungssicherheit leiden.

Je nach Standpunkt treten verschiedene Ziele einer solchen Reforminitiative in den Vordergrund. Neben der Verminderung von Armut verspricht man sich vom Grundeinkommen oft auch die kreative Bewältigung des Problems der Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung in wettbewerbs-trächtigen und hochproduktiven Ökonomien. Hier wird die Idee verbunden mit Forderungen nach der Umverteilung von Arbeit oder einer Erweiterung des Begriffs gesellschaftlich notwendiger Tätigkeit. Eine andere Perspektive betont den Abbau sozialstaatlicher Bürokratie, die Vereinfachung des Steuersystems und damit die Erhöhung gesamtwirtschaftlicher Effizienz. Aus diesem Blickwinkel wird dann oft das Modell der „negativen Einkommenssteuer“ gewählt, das sich je nach Ausgestaltung allerdings weit von der Grundeinkommensidee entfernen kann, so etwa in der

disziplinarischen Variante von „Workfare“-Modellen, bei denen für die Aufstokkung des Einkommens zum Existenzminimum Gegenleistungen in Form von Arbeit gefordert werden. Oft aber steht für die Befürworter eines Grundeinkommens einfach die moralisch motivierte Forderung nach Gerechtigkeit im Vordergrund. Angesichts von ungleichen Startchancen und privat vererbtem Reichtum dominiert hier der Gedanke der Beteiligung aller an der Wohlfahrt von Gesellschaften unter plakativen Slogans wie „Die Erde gehört allen“. Das Grundeinkommen wird dann als eine Art Kompensation für die extreme und oft unverdiente Einkommensungleichheit in nationalem und globalem Maßstab gesehen. Die Autoren sprechen an manchen Stellen sogar von einem „kapitalistischen Weg zum Kommunismus“.

Gerade in der weltanschaulichen Vielfalt möglicher Motive für ein Grundeinkommen liegt die potentielle gesellschaftliche Kraft der Idee, könnte sie doch ganz verschiedene Lager und Akteure vereinen und so den Bereich marginaler, intellektuell-utopischer Nischenexistenz verlassen. In einem Schlußkapitel geben die Autoren einen Überblick über verschiedene mit der Idee sympathisierende gesellschaftliche Kräfte aus Parteienlandschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Auch vielversprechende „Übergangsmaßnahmen“, die mit einer Tendenz zum Grundeinkommen in Verbindung gebracht werden können, kommen zur Sprache. Dazu können z.B. die jährliche Dividende aus dem Ölreichtum, die Alaska an alle seine Einwohner ausschüttet, die zumindest rhetorische, an Haushaltszwänge gebundene Einführung eines Grundeinkommens in Brasilien oder die Einführung von Kombilöhnen in bestimmten Varianten gezählt werden.

Trotz der potentiellen Sprengkraft und „Radikalität“ der Grundeinkommensforderung diskutieren die Autoren das Thema nüchtern als sozialpolitische Maßnahme, die im Prinzip keine wirklich „radikale“ Veränderung erfordert und dennoch das Potential hat, zumindest einige der Pro-

blem-Fliegen der globalisierten Welt mit einer Klappe zu schlagen. Ein Nachwort über die Situation in Deutschland, verfaßt von einem der prominentesten deutschen

Befürworter des allgemeinen Grundeinkommens, dem Berliner Politologen *Claus Offe*, rundet das hochinformativ Buch ab.

*Ralph Obermaier*